

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.

SPD



>> DAS HAUS DER ARBEIT STRAHLT WIEDER!

>> EIN BLICK ZURÜCK...



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Schwierige Zeiten liegen vor uns. Es wird ein harter Winter. Aber wir werden durchkommen. Dafür sorgt nicht zuletzt eine Ampelregierung, die entgegen aller Unkenrufe konservativer Medien "liefert". Drei umfassende Entlastungspakete, wirkungsvolle Energiepreisbremsen, sieben EU-Sanktionspakete gegen Putins Russland, mit NATO und EU abgestimmte Waffenlieferungen an die Ukraine.

Trotzdem führen Energiekrise und Inflation bei vielen Menschen zu großen Herausforderungen. Unsere Aufgabe ist es als SPD, an der Seite derjenigen zu stehen, die drohen unter die Räder zu geraten. Auch in Nürnberg und im Freistaat setzt sich die SPD sehr engagiert für Beratung und weitere Entlastungen ein. Das ist gut so!

Ein wahres Ärgernis ist die Union! Sie macht eine zerstörerische Oppositionspolitik in der schwersten Krise seit Langem. Anstatt Parteipolitik beiseite zu lassen, versucht sie aus der Angst der Menschen Kapital zu schlagen. Das ist unterste Schublade und ich bin mir sicher: damit wird sie bei den anstehenden Wahlen nicht durchkommen. Dafür werden wir sorgen!

Euer

Nasser Ahmed

WAS STECKT DRIN IM DRITTEN ENTLASTUNGSPAKET?

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Mit dem dritten Entlastungspaket legen wir bei der Hilfe angesichts der hohen Energiekosten und steigender Lebensmittelpreise nochmal nach. Es entlastet die Bürger*innen mit 65 Milliarden Euro. Und es soll nachhaltige neue Strukturen schaffen.

In den Verhandlungen haben wir uns erfolgreich für eine Gleichbehandlung der **Rentner*innen** eingesetzt. Auch diese bekommen jetzt – zum 01.12.2022 – die Energiepauschale in Höhe von 300 Euro. Die volle Pauschale bekommen allerdings nur diejenigen

mit den geringsten Einkommen. Für verrentete Landesbeamte sind übrigens die Länder zuständig – die bayerische Staatsregierung sollte dem Vorbild des Bundes folgen und die Pauschale auch an diese auszahlen!

Ganz besonders wichtig war uns auch, dass **Studierende** nicht leer ausgehen. Haben sie einen Nebenjob, bekommen sie zwar bereits die Energiepauschale und auch den ersten Heizkostenzuschuss, wenn sie BAföG beziehen. Uns war wichtig, dass wir mit einer **Einmalzahlung** nachlegen. Diese beträgt 200 Euro und kommt allen Studierenden zugute (sowie Fachschüler*innen). >>



Besonders leiden unter den steigenden Preisen **Erwerbstätige mit kleinem Einkommen**. Mindestlohn (jetzt auf 12 Euro erhöht), Kinderzuschlag, Grundrente – wir haben schon einiges getan. Ein weiteres Beispiel ist das Wohngeld für Erwerbstätige oder Rentenbeziehende mit kleinem Einkommen. In den ersten beiden Paketen gab es für Wohngeldempfänger schon Entlastungen, wie einen Heizkostenzuschuss, der von den Ländern ausbezahlt wird. Wir legen nach:

> Durch die größte **Wohngeldreform** in der Geschichte des Landes werden mehr Erwerbstätige und Rentenbeziehende Zugang bekommen. Dazu wird es eine **dauerhafte Klima- und Heizkostenkomponente** geben. Energiekosten sollen stemmbar bleiben.

> Bereits vor der Reform wird es eine weitere **Einmalzahlung für die Heizkosten** für Wohngeldempfangende geben: Einmalig 415 Euro für einen 1-Personen-Haushalt. Zusammen mit dem ersten Heizkostenzuschuss ergibt das **685 Euro** Entlastung.

> Aktuell entlasten wir Einkommen von „Midi-Jobs“ bis zu 1.300 Euro im Monat von Sozialabgaben. Im Entlastungspaket steigt die Grenze auf 2.000 Euro. Damit entlasten wir **dauerhaft** kleinere Einkommen.

> **Sperrungen von Strom und Gas** bei Menschen in der Grundsicherung und mit kleinem Einkommen sollen verhindert werden.

Menschen mit **mittlerem Einkommen** verdienen zu viel, um mit Wohngeld und Heizkostenzuschuss unterstützt zu werden.

Um diese dennoch zu erreichen, hatten wir die Energiepauschale in Höhe von 300 Euro für alle Erwerbstätigen und den Kinderbonus auf den Weg gebracht. Jetzt soll das Inflationsausgleichsgesetz 48 Millionen Steuerzahler*innen allein im Jahr 2023 um 12 Milliarden Euro entlasten.

> Wir werden die „**kalte Progression**“ abbauen. Der **Kinderfreibetrag** wird angehoben (schon für 2022 nachträglich). Steuerzahler sollen ab dem 01.01.2023 ihre **Rentenbeiträge voll absetzen** können. Die **Home-Office Pauschale** wird **entfristet und verbessert**. Der **Arbeitnehmerpauschbetrag** ist bereits angehoben, die **Entfernungspauschale** schon bis 2026 erhöht worden.

> Für **Familien** gibt es eine nachhaltige Verbesserung: Wir werden das **Kindergeld** zum 01.01.2023 für das erste, zweite und dritte Kind auf einheitlich 237 Euro pro Monat anheben. Für eine Familie mit zwei Kindern bedeutet das 432 Euro jährlich mehr. Ganz wichtig: Erwerbstätige Familien mit kleinem Einkommen profitieren zusätzlich vom erhöhten **Kinderzuschlag** zum 1. Januar (250 statt 229 Euro im Monat).

> Für Betriebe und Beschäftigte wollen wir **Bonuszahlungen** attraktiver machen. Prämien bis zu 3.000 Euro sollen von der Steuer und den Sozialversicherungsabgaben befreit werden.

Für uns als SPD ist es wichtig, kleinen und mittleren **Betrieben** durch die Krise zu helfen. Und damit Arbeitsplätze zu sichern. Wie schon bei Corona müssen wir dafür

sorgen, dass auch nach der Krise möglichst noch zum Beispiel alle Bäckereien da sind. Das dritte Entlastungspaket öffnet für kleine und mittlere Betriebe das bestehende **Energiekostendämpfungsprogramm** mit Zuschüssen für Erdgas- und Stromkosten. Das muss der Bundeswirtschaftsminister schnell umsetzen! Speziell zur Entlastung der Gastronomie wird die Absenkung der Umsatzsteuer für Speisen auf sieben Prozent verlängert.

Die Bundesagentur für Arbeit hat klargestellt, dass bei den Heizkosten Kostensteigerungen oder Nachzahlungen für **Langzeitarbeitslose oder Menschen in der Grundsicherung im Alter** vollständig übernommen werden. Anders sieht es aber bei Strom und Lebensmitteln aus. Deswegen ist Hilfe notwendig:

> Das neue **Bürgergeld** soll zum 01.01.2023 das Arbeitslosengeld II ablösen. Im Rahmen des dritten Entlastungspaketes soll der Regelsatz um fast 12 Prozent oder 50 Euro steigen. Ganz wichtig: Künftig wird die Inflation zeitnah berücksichtigt und nicht erst nachgelagert. Dauerhaft soll gelten: Steigen die Preise für den Bedarf, dann steigen künftig automatisch die Regelsätze.

Ganz wichtig sind **übergreifende Hilfen**, die sich an alle wenden: Privathaushalte, Betriebe, Selbständige. Stromkunden müssen bereits seit dem 01.07. keine EEG-Umlage mehr zahlen. Und wir werden die Mehrwertsteuer auf Gas von 19 auf 7 Prozent senken. Das dritte Entlastungspaket sieht nun weitere Maßnahmen für nachhaltige Lösungen zugunsten bezahlbarer Energie vor:

> Für den Basisverbrauch soll es eine **Strompreisbremse** geben: Eine gewisse Menge Strom soll zu vergünstigtem Preis gutgeschrieben werden. Das entlastet nachhaltig, setzt aber auch Anreize zum Energiesparen.

> Zur Gegenfinanzierung wollen wir „**Zufallsgewinne**“ **abschöpfen**: Denn derzeit bestimmt der Gaspreis auch andere Erzeugungsarten (z.B. Windstrom). Das müssen wir dringend ändern – am besten auf EU-Ebene, denn dort ist das alles geregelt. Klappt das nicht, machen wir eine nationale Lösung.

> Eine Expertenkommission aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbraucherschutz soll zeitnah klären, welche Modelle für eine **Gaspreisbremse** realisierbar sind.

Nicht zuletzt: Für ein **bundesweites Nahverkehrsticket** stellen wir den Ländern jährlich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung, wenn diese mindestens den gleichen Betrag beitragen. Das könnte ein Ticket von 49 bis 69 Euro pro Monat ermöglichen. Die Staatsregierung muss aber mithelfen, zumal eigentlich die Länder zuständig sind – zugunsten von Klimaschutz und der Lebensqualität vor Ort.

Werden wir ab jetzt für immer unter hohen Energiepreisen leiden? Nein – denn Sonne, Wind und Wasser gibt es letztlich umsonst. Und da liegt unsere Zukunft. Schon jetzt kommt die Hälfte unseres Stroms aus der erneuerbaren Energie. Fossile Energie dient für uns nur der Überbrückung. Die Verknappung des russischen Gases zwingt uns nun, neue Brücken zu bauen. Das ist jetzt schmerzhaft.

Langfristig kann uns das aber in eine wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft bringen – und unabhängiger machen. Aus der Not müssen wir eine Tugend machen: Mit Innovations- und Ausbauschüben zugunsten erneuerbarer Energie, neuer Technologie und mehr Effizienz. Diesen Übergang auch sozial zu überbrücken, ist unsere Aufgabe als SPD.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektorat: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



FÜR DIE FREIHEIT UND SICHERHEIT DER UKRAINE

von GÜNTHER GLOSER

September 2022. Vor sieben Monaten begann der Angriff Russlands auf die Ukraine. Die Bevölkerung der Ukraine wehrt sich tapfer gegen die völkerrechtswidrige Aggression. Es gab immer Wendungen in diesem Krieg. Der fehlgeschlagene Versuch der russischen Armee, die Hauptstadt Kiew einzunehmen. Dann die Besetzung der ukrainischen Regionen im Südosten des Landes. Und jetzt wieder Meldungen über die Rückeroberung von Gebieten durch die ukrainische Armee.

Machen wir uns nichts vor, der Krieg neigt sich noch nicht dem Ende zu. Das zeigte auch das Telefonat zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz und Russlands Präsident Wladimir Putin, der einen Rückzug und Verhandlungen ablehnt. Die Hoffnung auf ein Ende des Sterbens vieler Menschen und der Zerstörung von Häusern, der Wunsch auf ein Leben in Sicherheit wird sich leider nicht bald erfüllen. Damit auch nicht die Erwartungen bei uns und in anderen Ländern, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen (Energieversorgung, Preissteigerungen etc.) des Krieges könnten sich bald auflösen.

Die vereinzelt Rufe aus Politik und Verbänden, das Sanktionsregime gegenüber Russland aufzuheben, werden zunehmen. Dies wäre aber falsch angesichts der Aggression Russlands und des aufopferungsvollen Kampfes des ukrainischen Volkes. Was dieser Krieg angerichtet hat, wird uns beispielhaft aus Charkiw, der Partnerstadt Nürnbergs, gezeigt.

Was sind die Konsequenzen? Die Ukraine braucht weiterhin unsere Unterstützung: politisch, wirtschaftlich und militärisch.

Politisch, um die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen, das heißt Rückzug der russischen Armee aus den besetzten Gebieten und Anerkennung der in der Charta von Paris (November 1990) und im Budapester Memorandum (Dezember 1995) getroffenen Vereinbarungen über die Verpflichtung, die Souveränität und die bestehenden Grenzen, unter anderem der Ukraine zu achten – unterzeichnet auch von Russland. Ob Verhandlungen mit Putin oder anderen russischen Akteuren geführt

werden, liegt nicht in unserer Hand, aber am Ende muss mit jemandem auf russischer Seite gesprochen werden.

Wirtschaftlich, um das Überleben der Bevölkerung sicherzustellen, sei es bei der Infrastruktur wie zum Beispiel Energieversorgung, Krankenhäuser oder Schulen. Hierzu gehört auch die Unterstützung bei den Exporten von landwirtschaftlichen Produkten.

Und militärisch. Ja, auch militärisch. Denn wie anders kann die Ukraine ihr Recht auf Selbstverteidigung angesichts der Übermacht der russischen Armee geltend machen. Deutschland musste sich in den letzten Monaten von vielen Illusionen verabschieden. Diese waren nicht nur in der SPD beheimatet (eingeschränkter Wehretat; keine Waffenexporte in Krisenregionen). Aber auch ein Abschied von dem Glauben an eine stabile europäische Sicherheitsordnung als Teil einer regelbasierten internationalen Ordnung.

So richtig es ist, über die Lieferung von militärischem Gerät sorgfältig nachzudenken, und so richtig es ist, sich mit Verbündeten einvernehmlich abzustimmen, muss die Möglichkeit der Lieferung von sogenannten schweren Waffen vorbereitet sein. Das Argument, „man dürfe Putin nicht provozieren“, taugt nicht. Putins Krieg ist eine einzige Provokation. Er bricht Vereinbarungen über die Souveränität der Ukraine, über die Unverletzlichkeit von Grenzen. Er lässt Angriffe auf Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Wohnhäuser und Kultureinrichtungen fliegen – eine einzige Provokation.

Ja, Politik hat abzuwägen und zu entscheiden. Aber, und das darf nicht vergessen werden, es sind Entscheidungen für die Freiheit. Das Wort „Freiheit“ ist für Putin ein Fremdwort, nicht nur im eigenen Land. Freiheit, pluralistische Gesellschaften, sind die eigentliche Gefahr für Putin. Länder mit Freiheitswillen liegen unmittelbar neben seiner „russischen Welt“. Es gibt keine Bedrohung mit Waffen. Den Hilferuf „Vergesst uns nicht“ von Swetlana Tichanowskaja, der Stimme der Opposition in Belarus dürfen wir nicht überhören. Es ist der Ruf nach Freiheit. Und für diese kämpft auch die Ukraine. Dafür muss unsere Politik stehen.

SOLIDARITÄT STATT HOLOCAUST-VERHÄRMUNG!



Fotos: R. Löster

von RÜDIGER LÖSTER, SPRECHER DES AK GEGEN RECHTS

Am 20.8.22 jährte sich zum 75. Mal die Urteilsverkündung gegen die Nazi-Ärzte im Nürnberger Justizpalast. Eine Reihe von Gruppen aus der rechts-offenen Querdenker*innen-Szene unter Führung des so genannten „Team Menschenrechte“ nahmen sich diesen Tag zum Anlass, die Covid-19-Impfkampagne mit dem unmenschlichen und sadistischen Vorgehen der Nazi-Ärzte in den Konzentrationslagern gleichzusetzen und riefen überregional zu einer Kundgebung nach Nürnberg auf.

Sie kamen von weit her, aus Baden-Württemberg, Thüringen, Hamburg, aber auch aus Österreich und der Schweiz: 3000 Anhänger*innen der rechtsoffenen Bewegung der Querdenker*innen-Szene versammelten sich in Nürnberg. Geprägt war die Veranstaltung von Relativierung der Shoa. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie wurden durchgängig auf Plakaten und in den Reden mit den Menschenversuchen der Nazi-Ärzte in den KZ gleichgesetzt.

Die Querdenker*innen bezogen sich dabei auf eine Richtlinie, den Nürnberger Kodex, welche im Rahmen der Urteilsverkündung der Nürnberger Ärztesprozesse formuliert wurde. Der Nürnberger Kodex besagt, dass bei Versuchen an Menschen die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson unbedingt notwendig sei. Dass gegen diesen Kodex mit der Corona-Impfung nicht verstoßen wird, stellte zuletzt noch einmal das Ärzteblatt klar und warnte vor der Propaganda der Impfgegner*innen. „Die Impfstoffe wurden gründlich getestet, zunächst an Tieren, danach an – freiwilligen – Testpersonen. Von einem Massenexperiment bei den Coronaimpfungen zu sprechen, ist

daher völlig unzutreffend“, betonte der Präsident der Ärztekammer Berlin.

Gleichsetzung von Covid-Impfstoff mit Zyklon B

Die erste Rednerin auf der Bühne der Querdenker*innen, Vera Sharav, selbst Holocaustüberlebende und erbitterte Impfgegnerin, sagte: „Waren es 1933 vor allem Jüd*innen, die diskriminiert wurden, so sind es heute Menschen, die sich weigern, sich mit experimentellen, gentechnisch veränderten Impfstoffen impfen zu lassen“ und „Statt Zyklon B-Gas sind die Massenvernichtungswaffen diesmal gentechnisch hergestellte injizierbare Biowaffen, die sich als Impfstoffe tarnen.“ Und sie trat in ihrer Rede die Ansicht, dass damit der Weg zu einem neuen „Holocaust“ bereitet würde mit Hilfe der Covid-Impfungen.

Holocaustrelativierung vor rund 3.000 Anwesenden und niemand schien sich daran zu stören. Im Gegenteil: das Publikum aus Querdenker*innen, Esoteriker*innen, AfD-Politiker*innen, Rechtsextremen und Reichsbürger*innen reagierte zustimmend zu diesen Äußerungen. In einem Tweet von Endstation Rechts hieß es dazu: „Rednerin sprach von einem neuen Holocaust. Und zwar global. Statt Zyklon B würden Impfstoffe eingesetzt. Moderatorin lobt die Rede. Publikum tobt.“

Außerdem meinte Sharav, es sei geplant, jedem Menschen „digitale IDs“ einzupflanzen und die Menschen durch „transhumane Roboter“ zu ersetzen.

Trotz andauernder NS-Relativierung und Shoa-Verharmlosung schritt die Polizei nicht ein, die Veranstaltung wurde nicht abgebrochen. Mittlerweile sind zwei Strafanzeigen

gestellt worden, unter anderem durch das Nürnberger Institut für NS-Forschung und jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Querdenker und die Pressefreiheit

Was die Querdenker*innen von der Pressefreiheit halten, wurde bei dieser Kundgebung wieder einmal deutlich. Journalist*innen, insbesondere Fotograf*innen, wurden aggressiv angegangen. Ein Fotograf schilderte die Situation als teilweise „lebensbedrohlich“. Die Pressestelle der Polizei organisierte schließlich eine Presseführung in Begleitung zweier Kommunikationsbeamter. Als die Journalist*innen von der Bühne als „Antifa“ beschimpft wurden, eskalierte die Situation. Ein Menschenmenge bildete sich um die Journalist*innen und rief „Widerstand“ und -absurderweise – „Nazis raus“. Es kam trotz Polizeibegleitung zu körperlicher Gewalt gegen mindestens eine*n Presserverter*in.

Umsturzphantasien

Insgesamt diente diese Veranstaltung dazu, bereits jetzt für einen „heißen Herbst“ zu mobilisieren. Die Teilnehmer*innen phantasieren von einem Aufstand, auf einem Transparent war zu lesen: „Liebe Soldaten, wir brauchen eure Hilfe“. Auch thematisch versucht sich die Bewegung der Querdenker*innen breiter aufzustellen, der menschengemachte Klimawandel wird geleugnet und bezogen auf den Ukraine-Krieg fordert die Querdenker*innen-Szene die sofortige und bedingungslose Beendigung der Sanktionen gegen Russland.

Solidarität statt Holocaustleugnung

Dieser Versammlung von Holocaustrelativierenden, Verschwörungsideolog*innen und Impfgegner*innen stellten sich die etwa 500 Teilnehmer*innen einer von der Gewerkschaft

Ver.Di organisierten Gegenkundgebung entgegen, bei der fast ein Dutzend kompetenter Redner*innen auftrat. Aufgerufen dazu hatten neben der Gewerkschaft u. a. die Israelitische Kultusgemeinde, die SPD und die Allianz gegen Rechtsextremismus. Roberto Paskowski vom Landesverband der Sinti und Roma schilderte in seiner Rede eindringlich, wie die Nazis bei Menschenversuchen vorgingen. Auch Mitglieder seiner Familie wurden damals Opfer von medizinischen Quälereien und Zwangssterilisationen. Die Thesen der Querdenker*innen seien eine Demütigung und Verachtung der Opfer der Shoa, der Vergleich mit den Corona-Maßnahmen eine unerträgliche Verharmlosung der Naziverbrechen.

Jo-Achim Hamburger, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde, prangerte Vergleiche mit Menschenversuchen an KZ-Häftlingen an. Er las aus Protokollen der Prozesse gegen NS-Ärzte vor, bei denen sein Vater Arno Hamburger 1947 als Dolmetscher im Einsatz war.

Der Arzt und frühere Klinikvorstand Alfred Estelmann meinte, es sei unerträglich, dass die „perversen Versuche“ der Nazi-Ärzte von Querdenker*innen mit den Corona-Maßnahmen gleichgesetzt werden.

Und die ehemalige Nürnberger SPD-Europaabgeordnete und Holocaust-Überlebende Lilo Seibel-Emmerling hielt ein leidenschaftliches Plädoyer für die Demokratie und rief dazu auf, „die Demokratie zu bewahren“.

Weitere Redner*innen waren unter anderem der Arzt Hannes Wandt von der Organisation „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs – Ärzte für Frieden und soziale Verantwortung“ (IPPNW), der frühere wissenschaftliche Mitarbeiter des Dokumentationszentrums Reichsparteitage, Eckart Dietzfel-



binger und Birgit Mair vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung e. V. Mit dieser Veranstaltung konnte trotz der geringen Teilnehmerzahl ein wichtiger inhaltlicher Kontrapunkt zur Kundgebung der Querdenker*innen gesetzt werden, so Ulli Schneeweiß von Ver.Di.

Die Aussichten

Auch wenn die Kundgebung des Querdenker*innen-Teams Menschenrechte (noch) nicht an die Erfolge des vergangenen Winters anknüpfen konnte, als Montag für Montag vier bis fünftausend ihrer Anhänger*innen durch Nürnberg zogen, zeigt sich, dass auf eine stärkere Mobilisierung für den Herbst und Winter hingearbeitet wird. Dazu wird die Kampagne gegen die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung verknüpft mit einer Pseudo-Friedenspropaganda. Birgit Mair stellt in einem NN-Interview dazu fest, dass dies nichts anderes bedeutet, als Putin unter die Arme zu greifen: „Menschen, die sich nicht auskennen, denken: Frieden, das ist doch was Gutes. Aber die Bewegung ist nicht friedlich“, so Birgit Mair. Und weiter: „Die Szene schafft es, Menschen, die

nicht wissen, wo sie sich informieren sollen, zu beeinflussen. Grundsätzlich ist es egal, was die Regierenden machen: einfach alles ist schlecht. Sie sehen sich durchgehend als Opfer staatlicher und suprastaatlicher Machtausübung. Natürlich ist Kritik an staatlichem Handeln wesentlicher Bestandteil einer freien Gesellschaft. Aber das ist bei den Impfgegner*innen ein grundsätzlicher Impuls, der natürlich auch vom Rechtspopulismus kommt.“ Im Herbst und Winter wird unser Widerstand gefordert sein, wenn Querdenker*innen, Reichsbürger*innen und Rechtsextremist*innen gemeinsam auf die Straße gehen und einen „Wut-Winter“ inszenieren wollen.



Lilo Seibel-Emmerling MdEP a. D.



Aggressive Störversuche der Querdenker*innen werden von der Polizei unterbunden.

Unsere Kandidaten

für Bund

Noch 4 Monate bis zur Kommunalwahl, ein knappes Jahr bis zu den Landtagswahlen, ein gutes Jahr bis zur alles entscheidenden Bundestagswahl — und noch immer ist sich Nürnbergs Wählerschaft bei vielen Parteien im unklaren, mit welchen Persönlichkeiten diese in die Wahlkämpfe ziehen werden. Nürnbergs SPD hat dagegen für Klarheit gesorgt. Die Kandidaten und -innen für alle Wahlgänge sind nominiert. Das persönliche Gespräch der Bürger mit den Nominierten kann beginnen. Die Wähler haben lange genug Zeit, um die Bewerber auf Herz und Nieren zu prüfen.

Über die Kompetenz ihrer Kandidaten muß sich die SPD keine Sorgen machen. Eine gute Mischung aus Altbewährten und fachlich qualifizierten Neulingen zieht ins Rennen.

Auch die „Altersmischung“ stimmt. Wer gemeint hat, die alte SPD sei eine Partei, die keine guten jüngeren Leute auf die Beine bringt, mußte sich eines Besseren belehren lassen. Und die SPD ist jene Partei, die den Frauen echte Chancen gibt: Auf allen Mandats-ebenen kandidieren zur Hälfte Frauen, die sich in der Politik auskennen.

Daß die Nominierungskonferenzen allesamt so harmonisch verliefen, beweist die gute Konstitution der Nürnberger SPD. Die Zeit politischer Flügelkämpfe ist der solidarischen Gemeinsamkeit in politischen Grundsatzfragen und einer Geschlossenheit im Einsatz für die Interessen Nürnbergs gewichen. Im Vorfeld konnten über Personen gestritten werden, nicht über die Programmatik.

Soziales Engagement wird bei allen Nominierten großgeschrieben. Mit der Entwicklung zu einer Zweidrittelgesellschaft will sich kein Sozialdemokrat abfinden. In allen Parlamenten wird für mehr soziale Gerechtigkeit gekämpft werden. Die Nürnberger SPD macht dem „Sozial und demokratisch“ in ihrem Namen alle Ehre. Demokratisch bewährt auch das

Aufstellungsverfahren. Keine Vorstände brüteten die Namen aus, sondern die Ortsvereine entschieden sich nach gründlicher Anhörung der Bewerber für „ihren Mann“ oder „ihre Frau“. Da mußte nichts durchgepeitscht werden. Da kann sich eine Partei auch knappe Wahlentscheidungen zwischen zwei engagierten Bewerberinnen oder Bewerbern leisten.

Eine phänomenale Karriere kann weitergehen: **Renate Schmidt** tritt im Nürnberger Norden wieder als Kandidatin für den Bundestag an!

Dort ist die erst 46jährige bereits stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und leitet den Arbeitskreis „Gleichstellung von Mann und Frau“. Die gelernte Systemanalytikerin engagiert sich besonders in der Gesundheits- und Familienpolitik. Kein Wunder: aus ihren eigenen Lebenserfahrungen als dreifache Mutter und doppelte Großmutter bringt Renate viel Praktisches ein. Ihr zu früh verstorbener Mann hatte die noch immer seltene oder für manche seltsame Rolle des Hausmannes ausgefüllt, als Renate 1983 in den Bundestag einzog.

Als Mitglied der Kommission „Fortschritt 90“, die das Programm für die künftige SPD-Regierung erarbeitet, ist die stellvertretende Landesvorsitzende der bayerischen SPD mittlerweile auch zu einer anerkannten Leitfigur geworden, der kein Feld der Politik fremd ist!

Die Schwarzen haben schon einen Schmidbauer im Bundes-

tag — die SPD wird jetzt auch bald einen haben, und zwar für Nürnberg-Süd!

Horst heißt er mit seinem Vornamen, als Unterbezirksvorsitzender der Nürnberger SPD und Sprecher der Stadtratsfraktion in Gesundheitsfragen hat er sich einen guten Ruf erworben. Von Beruf ist der künftige Nachfolger von Egon Lutz Industriekaufmann bei einem Mineralölkonzern und hat sich dort von der Pike auf hochgearbeitet. Sein gewerkschaftliches Engagement muß dabei nicht immer von Vorteil gewesen sein. Aber das hat **Horst Schmidbauer** nie verdrossen. Jahrelang war er Vorsitzender der HBV in Nürnberg und wird auch im Bundestag ein Vertreter der Arbeitnehmer bleiben. Wirtschaftsförderung unserer Region, eine wirkliche Reform des Gesundheitswesens und Neuorganisation des sozialen Wohnungsbaus: das sind die Arbeitsschwerpunkte, die er sich für Bonn vorgenommen hat. Von seinem Fleiß und seinem Arbeitsprogramm ließen sich die Delegierten der Wahlkreiskonferenz voll überzeugen und wählten den 49jährigen Neuling mit einer saten Mehrheit zu ihrem Kandidaten.



Einstimmig gewählt zu werden hat schon fast etwas Beängstigendes: aber **Rolf Langenberger** durfte es sich wirklich als uneingeschränktes Lob für seine Arbeit als Abgeordneter des Nürnberger Nordens und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Maximilianeum anrechnen, daß die Delegierten der Stimmkreiskonferenz so einhellig für ihn votierten! Der 50jährige Verwaltungsamtsrat, der seit 1970 dem Landtag angehört, wird nun für weitere vier Jahre in München für Nürnbergs Interessen streiten.

Im Nürnberger Süden wird wieder **Gerda-Maria Haas** antreten. Die 47jährige Lehrerin war 1982 erstmals in den Landtag gewählt worden und hat sich auf den Gebieten der Landesfinanzen und des Schulwesens einen Namen gemacht. Gerda ist außerdem stellvertretende Bezirksvorsitzende der fränkischen SPD und koordiniert den mittelfränkischen Regionalausschuß. Franken nach

vorne zu bringen — das ist auch ihr vordringlichstes Anliegen in der Landespolitik.

Kaum zu glauben: aber einen richtigen gelernten Schweißer wird es auch wieder im Landparlament geben. **Toni Schimpl**, Kandidat für Nürnberg-West, wird auch in seiner dritten Landtagsperiode die Interessen der Arbeitnehmer und Nürnberger Gewerkschafter gegenüber der Staatsregierung mit Nachdruck vertreten.

Spannend war das Rennen um die Kandidatur im Nürnberger Osten. **Anne Vogt**, Stadträtin und Mitglied des Landesvorstandes entschied es knapp gegenüber der Abgeordnetenmitarbeiterin Karin Hauck. Die 38 Jahre alte Angestellte bei der Bundesanstalt für Arbeit darf sich trotz des knappen Ergebnisses der Unterstützung der gesamten Nürnberger Partei sicher sein. Denn mit ihr soll das Nürnberger Kleeblatt im Landtag wieder ein vierblättriges sein, ein Glücksbringer für eine sozial engagierte Politik in Bayern!



Das SPD-Team für die Landtagswahlen: Gerda-Maria Haas, Toni Schimpl, Rolf Langenberger und Anne Vogt.

Land und Bezirk



Sie treten an für den Bezirkstag: (von links:) Günter Gloser, Doris Reinecke-Kaltenegger, Gudrun Gerstner und Hans Kühnlein (ganz rechts), Horst Volk (zweiter von rechts) nahm die gegen Gloser verlorene Abstimmung mit Humor.

Für manchen der Delegierten mag erst der Rechenschaftsbericht des Geschäftsführers der SPD-Bezirkstagsfraktion, **Hans Kühnlein**, deutlich gemacht haben, welche wichtige Arbeit es in Ansbach zu leisten gilt! So fiel denn die Anerkennung für die Tätigkeit des Diplomphysikers Kühnlein per Stimmzettel ganz eindeutig aus. Der stellvertretende Unterbezirksvorsitzende wird auch in den nächsten vier Jahren als Kandidat des Nürnberger Nordens in den Bezirkstag einziehen!

Für Nürnberg-Süd — jenen Stimmkreis, zu dem auch die Stadt Schwabach gehört — wurde wieder die Sonderschullehrerin **Gudrun Gerstner** aus unserer südlichen Nachbarstadt nominiert, die sich bereits in der letzten Wahlperiode für die Kulturförderung in Mittelfranken und für das drängende Problem einer Neuordnung der psychiatrischen Versorgung eingesetzt hat.

Die Kandidatur im Nürnberger Osten gewann der 39jährige **Günter Gloser**, Vorsitzender der SPD in Johannis, im Rennen gegen den „Altstadtbürgermeister“ Horst

Volk. Gloser hatte dem Bezirkstag bereits einmal angehört, bevor er beruflich zum Arbeitsamt Paderborn versetzt wurde. Jetzt arbeitet Gloser wieder in der Hauptstelle an der Regensburger Straße, und es ist nur natürlich, daß Probleme der Arbeitsförderung und der Strukturpolitik sein Augenmerk in der Bezirkstagsarbeit finden werden.

Im Nürnberger Westen wird eine neue Kandidatin für die Bezirkstagswahlen antreten. Die Jugend-Sozialpädagogin **Doris Reinecke-Kaltenegger**, die in der Jugendbildungsstätte des Kreisjugendrings auf der Burg Hoheneck arbeitet, fand auf Anhieb das Vertrauen der Delegierten und wird (sie selbst ist „erst“ 32 Jahre alt) das Bezirkstagsteam der SPD verjüngen helfen. Viel Engagement bewies sie bei ihrer Vorstellung in dem schwierigen Problembereich der Unterbringung der Asylsuchenden in Mittelfranken, ferner sparte sie nicht das Problem der Tiefflugübungen in unserem Raum aus, mit dem sich auch der Bezirkstag politisch wird auseinandersetzen müssen!

Im November 1989 wurden in der sozialdemokratischen Zeitung *Nürnberg Morgen*, die bei uns im Karl-Bröger-Haus produziert und gedruckt wurde, die Kandidierenden für die Bundes-, Landes- und Bezirkstagswahlen

verkündet. Ein interessanter Rückblick, den wir gerne mit euch teilen möchten, um die Vorfreude auf die Novemberausgabe zu vergrößern. Denn in der Novemberausgabe 2022 des springenden Punktes - ganze 33

Jahre später - werden wir euch die Kandidierenden für die Landtags- und Bezirkstagswahl verkünden. Diese werden nämlich im Rahmen der vier Stimmkreiskonferenzen im September und Oktober gewählt.

FÜR EINE MODERNE INTEGRATIONSPOLITIK IN BAYERN



#SOZIALE POLITIK
FÜR BAYERN

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit großer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit und Wohlstand Bayerns. Der Freistaat ist das Heimatland von Menschen aus zahlreichen Nationen – diese Vielfalt macht den Freistaat so attraktiv und ist auch ein wichtiger Standortfaktor für unsere Wirtschaft. Das wollen wir ausbauen – und nicht etwa verhindern und abbremsen, wie es jahrzehntelange Politik der CSU, aber auch ihres Koalitionspartners Freie Wähler ist.

Deshalb haben wir das Thema Integration, Migration und Asyl auf unserer Herbstklausur der SPD Landtagsfraktion in Nürnberg breit diskutiert. Die Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, MdB Reem Alabali-Radovan, war unser Gast und hat uns über die aktuellen parlamentarischen Vorhaben der Bundesregierung aus erster Hand informiert. Genossin Staatsministerin Reem hat uns in Aussicht gestellt, dass in den nächsten Monaten das Staatsangehörigkeitsrecht grundlegend modernisiert wird. Zukünftig wird die Bundesrepublik Deutschland die Mehrstaatlichkeit hinnehmen. Außerdem ist das Chancenaufenthaltsgesetz mit der Ermöglichung des sogenannten „Spurwechsels“ bereits im

parlamentarischen Verfahren. Demnach können Geduldete, die seit drei bzw. fünf Jahren in Deutschland leben und einen Arbeitsplatz vorweisen, eine befristete Aufenthaltserlaubnis bekommen. Auch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz wird derzeit komplett reformiert, damit dringend benötigte Fachkräfte einfacher angeworben werden können. Ich bin sehr froh, dass wir in Berlin eine Bundesregierung unter Führung der SPD haben, die diese veralteten Ausländer- und Asylgesetze endlich zukunftsfähiger und menschlicher gestaltet. Besonders in Bayern haben wir auf diesem Gebiet sehr viel Nachholbedarf. Deshalb bin ich froh, dass unsere Fraktion auf meinen Vorschlag hin folgende Resolution verabschiedet hat:

Resolution für eine moderne Integrationspolitik in Bayern

Ziel von Integration ist es, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in unserem Land leben, in die Gesellschaft einzubeziehen. Dabei betrifft Integration uns alle – Alteingesessene ebenso wie Zugewanderte.

Unser Zusammenleben soll von Respekt, gegenseitigem Vertrauen, von Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung geprägt sein.

Die bisherige eher abwehrende als zugewandte Haltung der Staatsregierung gegenüber Personen, die nach Bayern einwandern, muss sich ändern.

1. Integration fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt und steigert zugleich die Attraktivität Bayerns für ausländische Fachkräfte. Bayern muss aktiv das Fachkräfteeinwanderungsgesetz des Bundes unterstützen. Fachkräfte müssen umworben werden und alle Initiativen, die zu mehr Fachkräftezuwanderung führen, müssen unterstützt werden.

2. Wenn Integration gelungen ist, fühlt man sich einer Gemeinschaft zugehörig. Wir müssen daher die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Personen mit Migrationsgeschichte in Bayern deutlich verstärken. Die Werbung um Einbürgerung muss genauso intensiviert werden wie Möglichkeiten auf kommunaler Ebene mitzubestimmen. Die Integrationsbeiräte der Kommunen müssen deutlich gestärkt werden.

3. Integrationsangebote müssen passgenau sein. Alleinerziehende mit Kindern brauchen andere Angebote als Seniorinnen und Senioren. Integrationsberatung muss personell und finanziell gut aufgestellt sein, um individuelle Integrationsangebote zu machen.

4. Spracherwerb in Deutsch und die Pflege der Herkunftssprache sind gleichermaßen wichtige Bildungsziele. Die Einführung eines herkunftssprachlichen Unterrichts, den es in 12 von 16 Bundesländern bereits gibt, ist perspektivisch wichtig.



VORSITZENDER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION FLORIAN VON BRUNN ZU BESUCH IN NÜRNBERG



Stefan Schuster, Johannes Söllner, Bernd Hampel und Florian von Brunn vor einem Brunnen in der Gartenstadt.

von STEFAN SCHUSTER, MdL

Am 12.08.2022 war Florian von Brunn MdL, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzender der BayernSPD, zu Gast in Nürnberg. Im Rahmen einer Sommertour unter dem Motto #SozialePolitikFürBayern reist Florian von Brunn als Fraktionsvorsitzender durch ganz Bayern und sammelt mit interessanten Gesprächspartner*innen viele Einblicke in die politische Arbeit vor Ort. Neben Terminen bei lokalen Medien war Florian von Brunn auch bei der Wohnungsbaugenossenschaft Gartenstadt eG zu Besuch. Dort gewann Florian von Brunn gemeinsam mit Stefan Schuster, Landtagsabgeordneter der SPD, und Bernd Hampel, stellvertretender Vorsitzender der SPD Nürnberg, spannende Eindrücke vom gelungenen und vor allem bezahlbaren Genossenschaftsbau. Durch die Anlagen der Wohnungsbaugenossenschaft wurde durch den Vorstand Johannes Söllner und Stefan Schuster, der dem Aufsichtsrat der Genossenschaft vorsteht, geführt.

Die Wohnungsbaugenossenschaft steht vor der großen Herausforderung, den Häuser- und Wohnungsbestand energetisch zu sanieren und dabei die Kosten für die Genossenschaftsmitglieder möglichst gering zu halten. Kurzum: Wohnen muss bezahlbar bleiben, die Gebäude müssen aber in puncto Klimaschutz auf den neuesten Stand gebracht werden. Zu dieser in Zeiten von stark

steigenden Baukosten besonders schwierigen Aufgabe kommt, dass bei vielen Häusern in der Gartenstadt die Belange des Denkmalschutzes besonders berücksichtigt werden müssen. Auf vielen Dächern dürfen zum Beispiel keine Solaranlagen installiert werden und auch nach der Dämmung der Häuserfassaden muss die Maserung des alten Putzes wiederhergestellt werden.

Damit die Wohneinheiten der Genossenschaft dennoch energetisch unabhängiger werden, sind kreative Lösungen geplant. Auf einer Freifläche in der Gartenstadt soll zum Beispiel eine unterirdische Eisheizung installiert werden. Hierbei wird die Energie genutzt, die beim Gefrieren des Wassers im Winter entsteht, um die umliegenden Häuser zu heizen. Im Sommer kann das gefrorene Wasser durch die Kühlung der Häuser wieder aufgetaut werden. Durch diese Energieproduktion vor Ort wird nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet, vor allem können auch die Nebenkosten für die Mieter*innen in der Gartenstadt auf einem niedrigen Niveau gehalten werden.

Die Maßnahmen der Wohnungsbaugenossenschaft und die Ziele, die dadurch erreicht werden sollen, decken sich mit den Forderungen der SPD. „Wohnen darf kein Geschäftsmodell sein, sondern ist ein Grundbedürfnis. Das Ziel, allen Menschen möglichst kostengünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, darf aber nicht nur durch einzelne Genos-

schaften verfolgt werden, sondern muss vor allem durch den Staat massiv gefördert werden. Die SPD in Bayern kämpft dafür, dass der Freistaat hier endlich initiativ wird und kostengünstigen Wohnraum in Bayern schafft“, fasst Florian von Brunn zusammen.



Stefan Schuster und Florian von Brunn im Gespräch mit dem langjährigen Bewohner Herbert Michel.



MIT VOLLGAS IN DIE ZWEITE JAHRESHÄLFTE

Nach der wohlverdienten Sommerpause starteten die Jusos Nürnberg in das zweite Halbjahr mit dem Thema „Verkehrspolitik“ mit einem Schwerpunkt auf die Metropolregion. Hierbei wurde wie immer heiß diskutiert; gerade nach dem Auslaufen des 9€ Tickets sind wir enttäuscht über das von der Bundesregierung hinterlassene Vakuum und den verpassten Moment Neu-Nutzer*innen des ÖPNVs zu halten.

Wir alle entdecken auf unseren täglichen Wegen durch Nürnberg und Umgebung Hürden und Lücken im Netz, sowohl zu Fuß, mit dem Rad als auch mit Bus und Bahn. Der Blick in unser Kommunalwahlprogramm zeigt: Wir haben noch viel zu tun! Kern unserer Debatte um nachhaltige Mobilität bleiben die Fragen nach Sicherheit und Flexibilität.

Unsere Sitzung war ein gelungener Auftakt für unseren ersten Infostand und Podiumsdiskussion diesen Herbst. Die Initiative „Nürnberg Autofrei“ ist am Freitag, dem 16.09. mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit gegangen. Wenn sich in Nürnberg etwas verkehrspolitisch bewegt, sind wir Jusos selbstverständlich auch mit dabei! Der Titel ist provokant, eine bewusste Entscheidung. Dass das Auto vollständig aus Nürnberg verschwindet, ist utopisch – das ist auch der Initiative klar. Mit einem Bürgerbegehren soll zunächst der B4-Ring entlastet werden.

Während der Podiumsdiskussion wurde schnell klar: Unsere Juso-Forderungen im Bereich kommunaler Verkehrspolitik stehen in keinem Widerspruch zu den Ideen der Initiative, ganz im Gegenteil. Das zentrale Ziel von Nürnberg Autofrei ist es, einen lokalen Beitrag zu leisten, um die Klimakrise zu verlangsamen und eine gerechte Mobilität für alle möglich zu machen. Mit ihren Worten: „Platz schaffen für Menschen anstatt Autos.“

Wir Jusos sehen unsere Aufgabe in der Nachhaltigkeitdebatte unter anderem darin, soziale Gerechtigkeit mit in den Blick zu nehmen. Mit Nürnberg Autofrei haben wir hier eine neue Kooperationspartnerin gefunden.

Unsere Bewerberin um eine Landtagskandidatur und stellvertretende Vorsitzende Sandra Manthey nahm auf dem Podium Stellung: „Eine Verkehrswende ist nicht nur eine Frage der Mobilität. Es ist eine Frage danach, wie wir in Zukunft miteinander leben und arbeiten wollen, wie viel uns die vermeintliche Freiheit des motorisierten Individualverkehrs wert ist. Es ist eine gesellschaftliche Frage.“ Sie hat in der Debatte zudem betont, dass Push- und Pull-Faktoren der Klima- und Verkehrspolitik ausgeglichen sein müssen. Alternativangebote müssen zeitgleich oder noch besser zeitlich vor Einschränkungen im Autoverkehr, wie Reduzierung von Durchgangsverkehr für reine Fußgängerzonen, entstehen und preisgünstig sein. Wir Jusos sind der Meinung, dass Nachhaltigkeit niemals eine Frage des Einkommens sein darf.

Gleich am folgenden Montag durften wir Nürnberg Autofrei in unserer Sitzung begrüßen. Hier haben sie nicht nur ihre Forderungen vorgestellt, sondern auch von ihrem Weg dahin berichtet. Denn ein Bürgerbegehren in Nürnberg muss natürlich im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten umgesetzt werden können, was die Möglichkeiten und den Umfang der Forderungen stark einschränkt. Sie konnten trotz dessen einen Hinweis mitgeben, welche Veränderungen es ihrer Meinung nach auf Landes- als auch Bundesebene benötigt.

Wir freuen uns, neue Kooperationspartner*innen gefunden zu haben, die gemeinsam mit uns für eine kommunale, soziale Verkehrswende kämpfen und freuen uns darauf zu sehen, was wir gemeinsam bewegen können.



Sandra Manthey (Mitte) bei der Podiumsdiskussion der Initiative „Nürnberg Autofrei“

Nürnberg autofrei
Unsere 9 Maßnahmen

1. Verkehrsberuhigte Stadtteilkern
2. Barrierefreie Haltestellen
3. SUPERBLOCKS
4. Parkraumbewirtschaftung
5. Kurzhaltezone
6. Mobilpunkte
7. Parkkontrollen
8. Verhinderung unerlaubten Gehwegparkens
9. Initiative "Autofreie Städte"

DEUTSCHER

ENGAGEMENTPREIS 2022

Ehrenamtliches Engagement ist für uns in der SPD Nürnberg unabdingbar. Ohne die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in unserer Partei, aber vor allem auch in und

für Nürnberg einsetzen, würde so einiges fehlen. Deshalb schreiben wir jährlich den Ehrenamtspreis der SPD Nürnberg aus, um den Ehrenamtlichen etwas zurückzugeben.

Umso mehr freut es uns, dass in diesem Jahr gleich drei unserer Genoss*innen für den Deutschen Engagementpreis nominiert wurden.



Lia Sommer

Das Engagement richtet sich an ältere Menschen im Nürnberger Stadtteil Gartenstadt. Die von ihr gegründete Seniorenbegegnungsstätte Gartenstadt e. V. bietet Senior*innen die Möglichkeit, sich mit anderen zu treffen und gemeinsame Aktivitäten wie Reisen, Basteln, Singen, Spielen, Schneidern zu erleben. Lia stellt das Monatsprogramm zusammen, engagiert Musikerinnen und Musiker, Referentinnen und Referenten für Vorträge und organisiert Ausflüge oder Reisen. Sie verwaltet den Verein und hält den Kontakt zu den unterstützenden Organisationen. Mit den Angeboten leistet der Verein eine wichtige soziale Aufgabe, Senior*innen im Stadtteil zu integrieren, ihnen Selbstbewusstsein zu geben und sie zu stärken.



Irfan Taufik

Unser Gewinner der Nürnberger Ehrenamtspreises der SPD Irfan Taufik wurde für den Deutschen Engagementpreis nominiert. Er engagiert sich seit über 10 Jahren ehrenamtlich und vielseitig in der Flüchtlingshilfe, dabei ist ihm besonders die Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Fluchterfahrung wichtig. Ein wichtiger Baustein sind hierbei seine wöchentlich kostenlosen Theaterkurse für Menschen ab 16 Jahren aus allen Kulturen und Generationen, mit und ohne Behinderung, die er innerhalb seines von ihm gegründeten Projektes „Theaterlabor Nürnberg“ bietet. Irfan nutzt seine Theaterarbeit als Türöffner für die Menschen mit Fluchterfahrung, hier kommen die unterschiedlichsten Menschen zusammen, lernen sich kennen, es werden gegenseitige Vorurteile aufgelöst und gegenseitiges Verständnis und Akzeptanz gefördert.



Hanns Prechtel

Er trainiert im Verein seit 1961 die drei Olympischen Waffen Florett, Degen und Säbel. Noch heute trainiert er mehrmals wöchentlich Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Er sorgte und sorgt für durchgängig verlässliche Trainingszeiten während der Schulferien, organisiert die Teilhabe seiner Schützlinge an Turnieren, begleitet und betreut Fechter*innen auf Turnieren, informiert einkommensschwache Familien über die Möglichkeit der fast kostenlosen Sportteilnahme mit Hilfe des Nürnberg-Passes. Hanns hat Turniere auf Vereins-, Bezirks- und Landesebene organisiert. Im Fechtbezirk Mittelfranken war er u. a. stv. Vorsitzender und Kampfrichterobmann. Für Hanns war es immer wichtig, dass ALLE Kinder, unabhängig von ihrem sozialen Status und finanziellen Möglichkeiten, Zugang zu dieser Sportart erhielten.



Auf www.deutscher-engagementpreis.de kannst du für unsere Genoss*innen abstimmen.

DAS „HAUS DER ARBEIT“ STRAHLT WIEDER!

WEITGEHENDER ABSCHLUSS DER SANIERUNGSARBEITEN IM KARL-BRÖGER-HAUS



Die erste Reihe links zeigt den Zustand vor der Sanierung.

von ROBERT KÄSTNER

Mehrere Jahre Vorplanung und zwei Jahre Bauzeit sind vorbei. Wir sind ein wenig erschöpft, aber stolz auf das Erreichte.

Es ist wieder da, das Haus der Arbeit und es erfüllt heute (mit Ausnahme des Druckbetriebs) wieder die selben Aufgaben. Vielleicht noch etwas mehr als bisher, hat sich doch der Mieter*innenkreis ein wenig verändert und auch die Struktur ist klarer.

Unverändert im Erdgeschoss befinden sich die SPD und ihre Abgeordneten, das Mehrgenerationenhaus AWO-thek und das Karl-Bröger-Zentrum. Die FVA (Fränkische Verlagsanstalt) und Hausverwaltung sowie die Karl-Bröger-Gesellschaft nutzen das 5. OG gemeinsam. Die dort entstandenen moder-

nen Räume stehen darüber hinaus auch für Sitzungen des Unterbezirksvorstandes sowie für die ehrenamtlichen Vorsitzenden der SPD als Besprechungs- und Arbeitsräume zur Verfügung. Die meisten Flächen im Haus werden von der AWO bespielt, welche mit dem Kreis- und Bezirksverband sowie diversen Kooperationspartnern wieder eingezogen ist. Die Falken und die LAG Mali haben einen neuen Platz im 1. OG gefunden. In diesem befindet sich auch der einzige „Neuzugang“ – die Praxis der Dres. Schlegel und Bastidas Correa (Kinder- und Jugendärzte) – wie wir finden eine wunderbare Ergänzung in unserem Haus. Viel Geld wurde investiert, um unser Baudenkmal (vom 1. bis zum 6. Geschoss) zu erneuern. Wie immer bei einem Bestandsbau, gerade einem mit fast 100-jähriger Geschichte, warteten, trotz intensiver Vorbereitung, nahezu täglich Überraschun-

gen auf uns. Leitungen, die in keinem Plan eingezeichnet waren, Böden und Wände, welche zwar von außen gleich aussahen, beim Rückbau jedoch das Wirken mehrere Generationen erkennen ließen. Die Coronapandemie mit all ihren Einschränkungen und auch die Folgen des Ukraine-Krieges haben zudem so manche Terminplanung über den Haufen geworfen. Gerade vor diesem Hintergrund sehen wir den jetzt erfolgten Abschluss der Sanierung als Erfolg.

Der planerische Grundsatz lautete „Barrierefrei als Standard“ und nur dort Ausnahmen, wo es Einschränkungen durch die Bausubstanz gibt. Trotz der Verwendung aktueller Materialien und moderner Technik hat das Baudenkmal seinen Charakter nicht verloren. Orientierung im Haus gibt ein Leitsystem und – planmäßig im Sommer 2023 –



ein Indoor-Navigationssystem. Dazu kommt in Kürze eine komplett neue Homepage für das Haus, auf der sich Besucher*innen vorab über die Möglichkeiten und Einrichtungen informieren können. Barrierefreiheit bedeutet für uns, neben der Tatsache, dass es im gesamten öffentlichen Teil des Hauses keine Schwellen gibt, alle Räume über Aufzüge erreichbar sind und auf allen Stockwerken barrierefreie Sanitäranlagen einge-

plant wurden auch, dass letztere als Unisex-Toiletten ausgezeichnet und zudem mit elektrisch höhenverstellbaren Wickeltischen ausgestattet wurden.

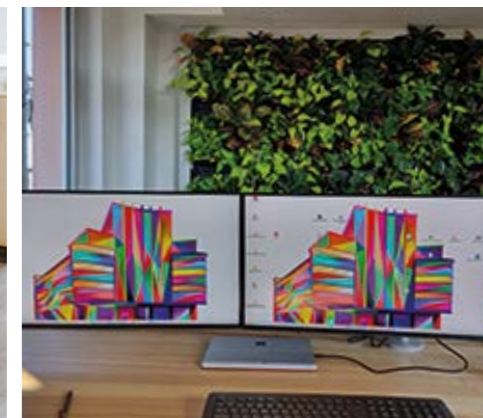
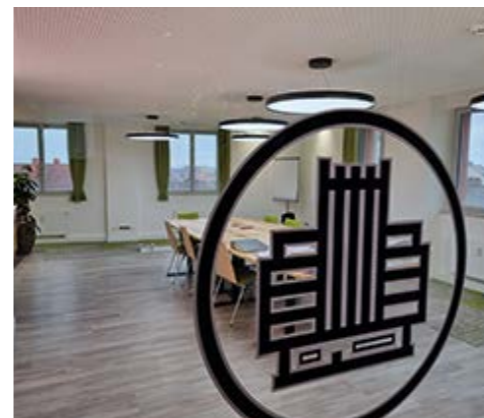
Für die hier Arbeitenden und die Besucher*innen steht nun wieder ein Haus zur Verfügung, in das man – nicht nur aus alter Verbundenheit – gerne geht. Aktuell ziehen die Mieter*innen ein und die Phase der Eingewöhnung läuft. Da-

her haben wir uns entschieden 2022 noch keine große Eröffnungsparty zu machen. Spätestens wenn 2023 das Indoor-Navigationssystem in Betrieb geht, werden wir das Nachholen, damit alle Interessierten sich ein Bild machen können – VERSPROCHEN!

Euer Team der Fränkischen Verlagsanstalt Bastian Heinrich, Robert Kästner, Judith Letz und Detlef Wild



Die Bilder zeigen Ein- und Ausblicke in Flure, Sanitärbereiche, auf Meetingräume und Arbeitsplätze und den Ausblick aus dem 4. OG. Hier konnte nach alten Plänen die Balkonflucht wieder nutzbar gemacht werden.



DEUTSCHLAND PACKT DAS. MIT 12 EURO MINDESTLOHN.

Olaf Scholz ist im Wahlkampf mit dem Versprechen angetreten, den Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben. Knapp ein Jahr später lösen wir dieses Versprechen ein: Der Mindestlohn in Höhe von 12 Euro wird ab 1. Oktober 2022 Wirklichkeit! Und damit der größte Sprung seit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns 2015! Ein armutsfester Mindestlohn ist eine Frage des Respekts vor der Leistung derjenigen, die dieses Land in der Pandemie am Laufen gehalten haben.

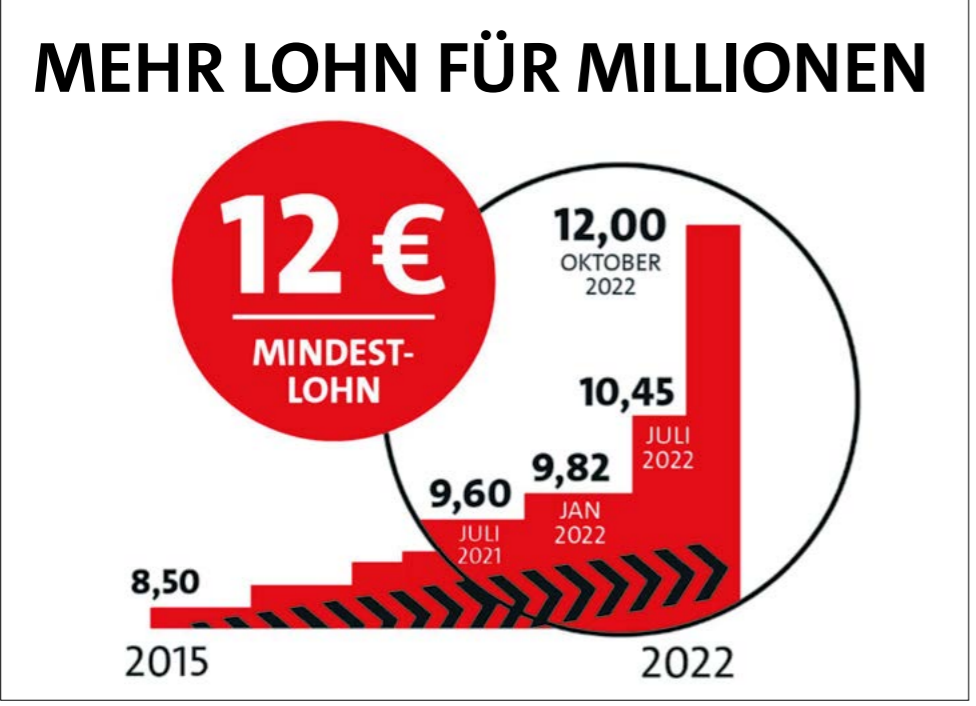
12 Euro Mindestlohn bedeutet eine unmittelbare Lohnerhöhung für rund sechs Millionen hart arbeitende Menschen, vor allem in Ostdeutschland und vor allem Frauen. Für sie ist es ein großer Lohnsprung um rund 15 %. Das ist immer noch nicht die Welt, aber es ist eine Verbesserung, die sich im Portemonnaie von 6 Millionen Menschen in dieser Zeit spürbar auswirkt. Und es ist vor allem eine Frage des Respekts vor guter Arbeit. Das haben wir versprochen, das setzen wir nun um.

Es profitieren besonders Berufsgruppen mit geringer Tarifbindung, in denen oft weniger bezahlt wird. Dazu zählen beispielsweise Körperpflege, Floristik, Land- und Tierwirtschaft, Gastronomie, Reinigung und Einzelhandel. Der höhere Mindestlohn kommt vielen Beschäftigten in Branchen zugute, die in der Pandemie den „Laden am Laufen halten“ oder besonders von Einschränkungen betroffen waren.

Natürlich ist der Mindestlohn immer nur eine absolute Lohnuntergrenze. Uns reicht das nicht aus. Wir wollen wieder mehr Tarifbindung in Deutschland. Denn mehr Tarifbindung bedeutet höhere Löhne. Deshalb werden wir auch Anreize zur Stärkung der Tarifbindung setzen. Ein Beispiel: Im Koalitionsvertrag haben wir verankert und vereinbart, dass öffentliche Aufträge des Bundes zukünftig nur an die Unternehmen gehen sollen, die nach Tarif bezahlen. Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen. Das ist ein konkreter Anreiz für mehr Tarifbindung.

In 21 von 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gibt es eine verbindliche Lohnuntergrenze. Deutschland wird mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 € im EU-Mindestlohnranking fast an die Spitze rücken. Derzeit liegt Deutschland im EU-Vergleich bei der Höhe des Mindestlohns auf dem fünften Rang. Ab dem 1. Oktober schieben wir uns nach vorne auf Platz zwei - nur in Luxemburg ist der Mindestlohn mit 13,05 € höher.

Gute Arbeit verdient einen anständigen Lohn. Das ist eine Frage des Respekts. Arbeit hat ihren Wert und ihre Würde. Gleichzeitig machen wir Politik für gute Tarifverträge, für mehr Tarifbindung, für bessere, sichere Arbeit für alle. Denn gerade in Zeiten steigender Preise und wachsender Unsicherheit kommt es darauf an, dass wir einander Respekt zeigen und als Gesellschaft zusammenbleiben. **Deutschland packt das. Mit sozialer Politik für Dich.**



BERICHT AUS DEM BEZIRK

von DR. HORST KRÖMKER, Bezirksrat

Nach mehr als drei Jahren mit einer neuen Mehrheit im Bezirk kann jetzt eine Zwischenbilanz gezogen werden: Es hat sich gelohnt!

Nach dem schlechten Wahlergebnis am 14. Oktober 2018 hatte sich die Zahl der Bezirksräte der SPD stark reduziert. Wir sind jetzt noch vier SPD-Bezirksrät*innen im Bezirkstag, vorher sieben. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Bezirksrät*innen der Grünen verdoppelt (vorher drei, jetzt sechs). Die Kräfteverhältnisse im Bezirkstag haben sich insgesamt gesehen zwar nur wenig, für die Wahl des Bezirkstagspräsidenten und für verschiedene Projekte jedoch entscheidend geändert. Es gelang ein Bündnis, bestehend aus Freien Wählern/Die Franken, den Grünen, der SPD und den Linken zusammenzubringen. Die sogenannte „Gruppe 17“ hat – wie der Name sagt – 17 von 33 Stimmen im Bezirkstag und besteht aus Grünen (6 Sitze, Freie Wähler/Die Franken 5 Sitze, SPD 4 Sitze und Die Linke 2 Sitze). Die CSU (11 Sitze), ÖDP (1 Sitz), FDP (1 Sitz) und AFD (3 Sitze) haben zusammen 16 Stimmen. Trotz dieser geringen Mehrheit ist es gelungen, Armin Kroder, Landrat des Landkreises Nürnberger Land zum Bezirkstagspräsidenten zu wählen. Christa Naaß wurde zur stellvertretende Bezirkstagspräsidentin gewählt. Die Grünen und die Linke stellen je eine*n weitere*n Stellvertreter*in. Mit diesem Bündnis ist es gelungen, in Mittelfranken als einzigem bayerischen Bezirk die CSU-Vorherrschaft zu brechen und einen Nicht-CSU-Bezirkstagspräsidenten zu wählen. Es ist keine, wie die Nürnberger Nachrichten geschrieben haben, „skurrile“ Koalition, sondern ein projektbezogenes Bündnis, keine Koalition im klassischen Sinn. Wir haben keinen Koalitionsvertrag oder ähnliches, sondern regelmäßig tagende Abstimmungsrunden, in denen anstehende Projekte besprochen werden. Dieses projektbezogene Vorgehen ist aus meiner Sicht eine gute Möglichkeit ein heterogenes Bündnis zusammenzuhalten. Dies funktio-

niert bisher erstaunlich gut. Dieses projektbezogene Vorgehen ermöglicht es, mit verschiedenen, unterschiedlichen Parteien und Gruppierungen Gemeinsamkeiten zu finden und durchzusetzen. Der Wechsel in der Position des Bezirkstagspräsidenten war ein entscheidender Einschnitt, seit 56 Jahren, seit Andreas Urschlechter Bezirkstagspräsident war, hatte die CSU diese Position ununterbrochen inne. Die Arbeit des Bezirkstagspräsidenten und seiner Vertreterin erfordern viel Fingerfertigkeit, da es eine lange CSU-Tradition in Verwaltung und Institutionen gibt.

Was sind nun die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit?

An erster Stelle ist, was auch den Hauptaufgaben des Bezirks entspricht, die Weiterentwicklung der sozialen Versorgungssysteme in Richtung Ambulantisierung, sowie der Förderung der Inklusion unter Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse der verschiedenen Arten von Behinderung zu nennen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir verschiedene Initiativen angeregt, z.B. die Schaffung von Modellregionen in denen sozialraumorientierte Planung ausprobiert werden soll, die Verbesserung der Informationsmöglichkeiten durch Pflegestützpunkte, die Unterstützung der Inklusion durch Schulbegleiter*innen und andere Maßnahmen. In der Coronakrise hat der Bezirk die Funktionsfähigkeit der von ihm finanzierten Einrichtungen wie z.B. Werkstätten für Behinderte aufrechterhalten.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit war die weitere Konsolidierung des Kommunalunternehmens Mittelfranken, also der psychiatrischen und neurologischen Kliniken in Ansbach, Erlangen und Engelthal, sowie der soziotherapeutischen Wohnheime. Nach den bekannten Schwierigkeiten ist es jetzt gelungen, dieses Schiff in „ruhigeres Fahrwasser“ zu lenken. Die Weiterentwicklung in diesem Bereich geht weiterhin in Richtung Dezentralisierung und Ambulantisierung. So wurde der Bau einer psychiatrischen Klinik mit 100 Betten in Fürth abgeschlossen. Diese Betten wurden von Erlangen nach Fürth verlegt, was zu einer Verkleinerung des Standortes Erlangen führte. Die Planungen für eine psychotherapeutische und psychosomatische Klinik in Treuchtlingen sind abgeschlossen und genehmigt, die Bauarbeiten haben mit dem Abriss des bestehenden Altbaus begonnen. In Treuchtlingen hat das Kommunalunternehmen das Gelände des alten Stadtkrankenhauses übernommen und wird hier eine psychotherapeutische Klinik mit 120 Betten aufbauen. Die bisherige Substitutionsambulanz in Nürnberg wurde in bessere Räumlichkeiten verlegt und zu einer psychiatrischen Institutsambulanz ausgebaut. In Roth wurde eine psychiatrische Tagesklinik auf dem

Gelände des dortigen Krankenhauses in Betrieb genommen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich der Psychiatrie sind die Suchterkrankungen. Wir haben, wie bekannt, schon vor mehr als vier Jahren die Schaffung eines Drogenkonsumraums in Nürnberg gefordert (auch mit den Stimmen der Bezirks-CSU). Die hohe Zahl von Drogentoten in Nürnberg hätte schon lange die Eröffnung eines Drogenkonsumraumes erfordert. Weiterhin wurde auf unsere Anregung hin ein „Runder Tisch Sucht“ eingeführt, in dem die Versorgungsprobleme bei suchtkranken Menschen diskutiert und Lösungsansätze gefunden werden.

Die Einrichtungen sind durch das Engagement der Beschäftigten und die umsichtige Leitung bisher gut durch die Corona-Pandemie gekommen. Auch die finanzielle Situation hat sich weiter stabilisiert, wobei die weiteren Auswirkungen der Coronakrise nicht sicher vorhergesehen werden können. Sie können, wenn die negativen Folgen der Pandemie für 2021/22 für psychiatrische Kliniken nicht ausgeglichen werden, auch sehr negativ zu Buche schlagen.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit war der Kampf gegen den Rechtsextremismus, der Zuschuss des Bezirks für die „Allianz gegen Rechts“ wird auf Antrag der SPD verstetigt.

Der Klimaschutz wurde durch uns in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt, die Stelle des*der Klimaschutzbeauftragten wurde geschaffen, alle Bauprojekte des Bezirks werden unter Klimaschutzgesichtspunkten geprüft.

Die Förderung der Theaterlandschaft in Nürnberg und in Mittelfranken, sowie der Nürnberger Symphoniker konnte beibehalten bzw. ausgebaut werden und wurde trotz der Corona-Pandemie aufrechterhalten.

Die von uns angeregte Partnerschaft des Bezirks mit einem Bezirk in Tschechien, Südmähren, wird weiterverfolgt. Entsprechende Vorarbeiten laufen.

Ein für Nürnberg wichtiges Signal wäre es, wenn wesentliche Teile der Bezirksverwaltung nach Nürnberg verlegt werden könnten. Entsprechende Prüfungen laufen, es bedarf aber sicher noch einiges an politischen Druck, um dies zu erreichen. Es erscheint uns absurd, dass in Nürnberg, dem mit Abstand größten Umlagezahler und wo auch ein Großteil der Bevölkerung Mittelfrankens wohnt, keine zentralen Bereiche der Bezirksverwaltung zu finden sind. Kurze Wege für die Hilfesuchenden, besserer Kontakt zur Stadtverwaltung und gemeinsame Projekte könnten leichter realisiert werden, wenn wesentliche Teile der Bezirksverwaltung

nach Nürnberg verlagert würden.

Zusammen mit der Stadt Nürnberg soll ein großes inklusives Schulprojekt in Muggenhof verwirklicht werden: Der Bezirk und die Stadt Nürnberg wollen den Neubau einer Schule für Hörgeschädigte und den Neubau einer Grundschule zusammen so realisieren, dass möglichst viele gemeinsame Aktivitäten und Unterrichtseinheiten gemeinsam durchgeführt werden können.

In einigen Bereichen sind wir, trotz intensiver Bemühungen, noch nicht viel weitergekommen, insbesondere im kulturellen Bereich ist es nicht gelungen, einen soziokulturellen Ansatz, der insbesondere auch die Kulturarbeit von und mit Menschen mit Migrationshintergrund beinhaltet, weiter zu entwickeln. Zur Integration der Zuwanderer gehört auch die Schaffung eines gemeinsamen Kulturraumes. Dazu braucht es Förderung und Initiativen. Allerdings ist es gelungen, eine Neukonzeption der Veranstaltungsreihe „Fränkischen Sommer“ zu erreichen, die in Zukunft durch eine Erweiterung des Angebotsspektrums weitere Kreise, insbesondere ein jüngeres Publikum ansprechen und inklusiver werden soll.

Im Bereich der technischen Weiterentwicklung ist es nicht gelungen, eine Umstellung auf ein anderes Software-Betriebssystem zu erreichen (LINUX). Dies war von uns beantragt worden, um die Entwicklung von großen, hier ansässigen Software-Unternehmen in unserer Region zu fördern und, um die Abhängigkeit von ausländischen Software-Konzernen zu verringern. Dies scheiterte an vielfältigen Widerständen.

Insgesamt gesehen ist die Entwicklung bisher als durchaus positiv zu bewerten, Atmosphäre und Zusammenarbeit haben sich deutlich verbessert, sodass unser Modell eines „skurrilen Bündnisses“ bislang durchaus als erfolgreich zu betrachten ist. Jedoch darf dabei nicht vergessen werden, dass die wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen bis jetzt positiv waren, die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie und durch den Ukraine-Krieg werden uns aber in den nächsten Jahren treffen. So konnte die Bezirksumlage bis jetzt noch stabil gehalten werden und Zuschüsse für den Ausbau der psychosozialen Versorgung sogar erhöht werden. In der Zukunft wird dies deutlich schwieriger werden.

Ich hoffe jedoch, dass auch unter den kommenden schwierigeren Bedingungen unsere projektbezogene Zusammenarbeit halten wird und dieses in Bayern einmalige Projekt erfolgreich bleiben wird. Alle an diesem Projekt beteiligten Parteien haben das Interesse, diese Zusammenarbeit fortzusetzen.



Premiumadress

Basis

Dialogpost

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



DIALOGPOST

Ein Service der Deutschen Post

AG 60PLUS

19.10. 2022 – 16:00 Uhr

Einlass ab 15:30 im Karl-Bröger-Zentrum Willy-Pröhl-Saal:

„Wie gerecht ist unser Steuersystem?“

Vortrag und Diskussion mit Lothar Binding, Bundesvorsitzender der AG SPD 60plus und langjähriges Mitglied im Finanzausschuss des Bundestags

Achtung: wg. eines kleinen Caterings ist eine Anmeldung bis 13.10. erforderlich
Anmeldung unter: gapero@t-online.de

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / OKTOBER & NOVEMBER 2022

TERMINE OKTOBER

07.10.2022 – 16:00 Uhr

SPD Nordostbahnhof:

Herbstliche Aufräumaktion im Stadtteil
Leipzigerplatz, 90491

10.10.2022 – 19:00 Uhr

AfB Mitgliederversammlung

„Zukunftsfähige Bildung“

Rückfragen unter: afb@spd-nuernberg.de

11.10.2022 – 19:30 Uhr

SPD Nordbahnhof-Vogelherd:

Ortsvereinsitzung

Gaststätte Wäi Daham,
Pilotystraße 44, 90408 Nürnberg

11.10.2022 – 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof: Ortsvereinstreffen

SIGENA Plauererstr. 7, 90491 Nürnberg

12.10.2022 – 19:30 Uhr

SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen

Restaurant Hammerschmiede,
Laufamholzstraße 300

17.10.2022 – 19:00 Uhr

SPD Lichtenhof: Mitgliederversammlung

Voraussichtl. Gemeindezentrum der
Evang.-Luth. Kirchengemeinde Nürn-
berg-Lichtenhof (1. Stock, Plenarsaal)

18.10.2022

AfB goes out

Rückfragen unter: afb@spd-nuernberg.de

18.10.2022 – 19:00 Uhr

SPD Langwasser: Stadtteilversammlung

19.10.2022 – 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl:

Mitgliedertreffen

Infos unter:

anil.altun@spd-gibitzenhof-steinbuehl.de

19.10.2022 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein: Aktiventreff

Wirtshaus Galvani,
Galvanistr. 10, 90459 Nürnberg

26.10.2022 – 19:00 Uhr

SPD Gartenstadt: Mitgliedertreffen

Gesellschaftshaus Gartenstadt

TERMINE NOVEMBER

02.11.2022 – 14:30 Uhr

AG 60 plus: Aktuelles aus dem
Bundestag mit Gabriela Heinrich, MdB
Hotel Merkur, Pillenreuther Str. 1

14.11.2022 – 19:00 Uhr

AfB Mitgliederversammlung

„Bildungshearing mit den
Landtagskandidat*innen“

Bitte beachte, dass es aufgrund der
pandemischen Situation zu terminlichen
Abweichungen kommen kann. Bitte in-
formiere dich rechtzeitig bei deinen Orts-
vereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro,
ob der jeweilige Termin stattfindet.

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

der Sommer des Jahres 2022 geht nun endgültig zu Ende und der Herbst steht vor der Tür. Die Corona-Pandemie mag noch nicht ausgestanden sein; so konnten wir dennoch im Freien wieder in Kontakt treten, das eine oder andere Fest feiern und uns im Alltag frei bewegen.

Auch die SPD-Stadtratsfraktion nimmt nach der Sommerpause die Arbeit wieder auf und möchte Sie über neue Initiativen im Rathaus informieren. Trotz der angespannten Haushaltssituation gibt es viel zu tun, denn Nürnberg wächst weiter.

In unserer aktuellen Rathausdepesche berichten wir über Themen des Stadtverkehrs in Nürnberg, alternative Methoden der Energiegewinnung und einem Spielplatzkonzept für alle jungen Menschen, insbesondere mit körperlicher Einschränkung.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihre

Dr. Anja Pröls-Kammerer
stv. Fraktionsvorsitzende

Nürnberg tritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch ange- messene Geschwindigkeiten“ bei



Bislang konnten Städte und Gemeinden nicht frei entscheiden, an welchen Stellen im Ortsgebiet sie Tempo 30 anordnen. Die Initiative des Deutschen Städtetages möchte genau das ändern, um den Kommunen ein wirksames Instrument für mehr Verkehrssicherheit, weniger Lärm und eine Minderung der Schadstoffbelastung für Anwohner*innen an die Hand zu geben.

„Die Stadtverwaltungen wissen am besten, an welchen Stellen es vor Ort sprichwörtlich brennt. Dass man hier bislang pauschal aus Berlin regelt, widerstrebt einer modernen Verkehrspolitik,“ so der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Nasser Ahmed. Der Initiative – gestartet im Juli 2021 – sind deutschlandweit bereits 275 Städte beigetreten und fordern so mehr Eigenverantwortung in der Verkehrsplanung.

„Seit langem wissen wir, dass eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h erhebliche positive Auswirkungen hätte. Unsere Straßen wären sicherer, leiser, gesünder und bares Geld

sparen sich Autofahrer*innen obendrein, da sie weniger Sprit verbrauchen,“ erklärt Stadträtin Yasemin Yilmaz. Die Leistungsfähigkeit für den Verkehr wird durch Tempo 30 nicht eingeschränkt, die Aufenthaltsqualität dagegen spürbar erhöht. Dies heißt auch: Tempo 30 ist eine Maßnahme für die Städte und Gemeinden und die Menschen, die dort wohnen - es ist keine Maßnahme, die sich gegen den Autoverkehr richtet. Wir wollen keine Änderung der Richtgeschwindigkeit. Tempo 50 auf Hauptverkehrsstraßen hat eine gute Bündelungswirkung. Wir wollen mehr Flexibilität.

In anderen europäischen Ländern ist diese Regelung längst Alltag. Deswegen brauchen auch unsere Städte und Gemeinden endlich einen neuen straßenverkehrsrechtlichen Rahmen: „Wir schauen nach Berlin und hoffen, dass man im Verkehrsministerium endlich umdenkt,“ fordert Yilmaz.

Weitere Informationen:
Dr. Nasser Ahmed;
Yilmaz Yasemin;



Nürnberg innovativ: Neue Leitlinien zu Qualität und Inklusion auf Spielplätzen verabschiedet



spd@stadt.nuernberg.de
Nürnberg verabschiedet als erste deutsche Großstadt Kriterien und Anforderungen für inklusive Spielplätze in Deutschland. Die Umsetzung hat zum Ziel, ein Spielangebot für alle Kinder, ganz nach den individuellen Fähigkeiten zu schaffen. „Es mag nicht möglich sein, jedes Spielgerät für jedes Kind nutzbar zu machen, genau deswegen müssen wir eine

breite Palette an Möglichkeiten schaffen – das gelingt mit dem neuen Katalog, dessen Leitlinien bereits Anwendung finden,“ erklärt stv. Fraktionsvorsitzende Claudia Arabackyj.

Kompetenzen an richtiger Stelle vereint „Sör und das Jugendamt haben hier exzellent zusammengearbeitet und gezeigt, dass enorme Fachkompetenz in der Verwaltung vorhanden ist,“ lobt Stadträtin Yasemin Yilmaz, „es freut mich deswegen umso mehr, dass hier auf kollegialer Ebene ein so umfangreiches Werk zustande gekommen ist und Nürnberg damit einen wesentlichen Baustein der UN-Behindertenrechtskonvention umsetzt.“

Bei allen Spielplätzen, die jetzt und zukünftig geplant werden, werden die neuen Kriterien für Planung und Bau berücksichtigt. Derzeit zählt Nürnberg 466 Spielplätze und Bewegungsparks, dazu zählen öffentliche Spielflächen, Spielplätze in Kleingartenanlagen und in Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen oder anderen städtischen Orten, die zum Teil auch öffentlich zugänglich sind. Die Kosten dafür werden aus den üblichen Pauschalen finanziert. Jährlich werden drei bis sieben Spielplätze, Spielhöfe und Aktionsflächen komplett saniert, dazu kommen ein bis drei Neuanlagen.

Weitere Informationen:
Yilmaz Yasemin;
Claudia Arabackyj;
spd@stadt.nuernberg.de



Impressum

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

Verantwortlich:
Thorsten Brehm

Redaktion:
Thorsten Brehm, Tim Koß

Grafische Gestaltung:
Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

Investition in Verkehrs- sicherheit

**Zehn neue Kontrolleure für
Verkehrsüberwachung**

In der Sitzung des Verkehrsausschusses am 22. September wurde die Aufstockung des Personals beim Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung (KVÜ) um zehn weitere Stellen sowie die Ausweitung der Parküberwachung auf zwei neue Gebiete beschlossen. „Das war ein überfälliger Schritt! Mehr Verkehrsüberwacher auf der Straße bedeuten mehr Verkehrssicherheit,“ erklärt Stadtrat Dr. Nasser Ahmed, „in allen eng bebauten Stadtteilen wächst der Frust über rücksichtslose Falschparker. Diese Falschparker gefährden durch Kreuzungsparken und Parken in Feuerwehreinfaßungen Leib und Leben von Anwohnern und Fußgängern.“

**Ausweitung auf das Nibelungenviertel
und Hummelstein**

Insbesondere Schulkinder sind durch vollgeparkte Straßen besonders gefährdet. Um Falschparken einzudämmen, muss das Gefühl der Straflosigkeit enden. Parksünder müssen bestraft werden. Dafür brauchen wir eine handlungsfähige und gut aufgestellte Kommunale Verkehrsüberwachung. „Die Ausweitung der Überwachungsgebiete auf das Nibelungenviertel und Hummelstein ist ebenfalls richtig und wichtig. Auch aus diesen dicht bebauten und vollgeparkten Stadtteilen erreichen uns zunehmend verärgerte Zuschriften. Es ist gut, dass die neuen Kontrolleure auch auf Radwegen parkende Autos im Visier haben. Denn Radwegsparker und deren aufspringende Türen sind eine große Verkehrsfährdung für Radfahrer in unserer Stadt!“

Positive Entwicklung über mehrere Jahre

Wir danken der Geschäftsführung und der Belegschaft der Kommunalen Verkehrsüberwachung für das Aufstocken der Personalressourcen in den vergangenen Jahren sowie die positive Weiterentwicklung der Parkraumüberwachung. Wir wissen: Gerade in Pandemiezeiten und vor dem Hintergrund von geschehenen Anfeindungen ist der Job als Verkehrsüberwacher kein leichter. Doch Verkehrsüberwacher sind wichtig für ein gutes Miteinander auf unseren Straßen und verdienen unsere volle Anerkennung.“

Weitere Informationen:
Dr. Nasser Ahmed;
spd@stadt.nuernberg.de



Potential zur CO2-freien Energiegewinnung sollen besser genutzt werden SPD will Nutzung der Geothermie vorantreiben



In Anbetracht der aktuellen Krise rund um die sichere Gasversorgung und die explodierenden Heizkosten für Haushalte und Industrie macht sich die SPD-Rathausfraktion für einen Ausbau der Geothermie im Stadtgebiet stark.

SPD-Fraktionschef Thorsten Brehm: „Die Geothermie ist CO2-frei und liefert rund um die Uhr Energie - unabhängig davon, ob die

Sonne scheint oder der Wind weht. Derzeit setzen viele private Haushalte noch immer auf Öl- und Gasfeuerung. Bei den aktuell hohen Rohstoffpreisen kann sich eine Investition in Geothermie allerdings lohnen, sofern dies am Wohnort möglich ist. Wir möchten deshalb, dass die Stadt Nürnberg die Nutzung der Geothermie strategisch vorantreibt und Bürger*innen Möglichkeiten aufzeigt.“

Gedenken an NSU-Opfer İsmail Yaşar – Platz in Nürnberg benannt



Um den Mordopfern des sog. „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) zu gedenken, hat sich die SPD-Stadtratsfraktion lange für konkrete Gedenkorte in Nürnberg stark gemacht. Am 02. Juni 2022 wurde die Stadt Nürnberg mit einer Platzbenennung und dem Aufstellen einer Stele in Gedenken an das NSU-Opfer

İsmail Yaşar tätig. Dieser war 2005 durch den NSU in seinem Imbiss in der Nähe der Scharerschule ermordet worden. Die SPD-Fraktion begrüßt die Schaffung eines Gedenkortes für İsmail-Yaşar, möchte aber auch, dass das gesamte Areal entsprechend aufgewertet und angemessen gestaltet wird.

Dieter Goldmann, energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, ergänzt: „Wir müssen uns ebenfalls überlegen, welche städtischen Einrichtungen für eine Versorgung durch diese Technologie infrage kommen und welche Bedarfe bestehen. Die Investitionen sind momentan hoch, jedoch haben wir es hier mit einer zukunftssicheren Technologie zu tun. Konkret regen wir ein digitales Kataster an, durch das interessierte Bürger*innen aber auch Gewerbetreibenden eine erste Einschätzung über die Einsatzfähigkeit von Geothermie als Wärmequelle für ihre Gebäude bekommen. Hierzu soll die Stadtverwaltung entsprechende Vorschläge erarbeiten.“

Unser Ziel muss sein, unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden. Die Nutzung von Geothermie kann ein wesentlicher Baustein sein, wenn wir sie künftig vor allem bei Neubauten noch stärker berücksichtigen.“

Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
Dieter Goldmann;
spd@stadt.nuernberg.de



Hierzu erklärt SPD-Stadtrat Nasser Ahmed: „Es ist sehr wichtig, dass für die Opfer der schrecklichen NSU-Morde in Nürnberg sichtbare Gedenkorte geschaffen werden. Das war und ist uns als SPD ein wichtiges Anliegen. Diese Orte sind wichtig für die Angehörigen der Opfer, aber auch eine Mahnung für alle, dass rechtsextreme Taten mitten in unserer Stadt passiert sind und nie wieder möglich sein dürfen. Der Gedenkort muss aber auch entsprechend würdig gestaltet sein!“

„Daher setzen wir uns dafür ein, dass das Umfeld des nun errichteten Gedenkortes für İsmail-Yaşar auch eine angemessene Gestaltung erfährt. Hierzu haben wir bereits im Dezember 2019 einen entsprechenden Antrag zur Aufwertung einer Grünfläche zum Stadtpark in der Velburger Straße eingereicht“, fügt Aynur Kir, die stellvertretende Vorsitzende des SPD-Ortsvereins St. Peter/Gleißhammer hinzu.

Weitere Informationen:
Dr. Nasser Ahmed;
spd@stadt.nuernberg.de



Straßenbahnnetz wird ausgebaut



Die SPD treibt den Ausbau des Straßenbahnnetzes voran. Im städtischen Verkehrsausschuss am 22. September standen gleich zwei wichtige Projekte auf der Tagesordnung, für die sich die Sozialdemokrat*innen stark gemacht haben: Die Verlängerung der Straßenbahn von Gibitzenhof über die Minervastraße zum Südfriedhof, sowie die Erschließung des neuen Stadtteils Lichtenreuth.

Der Plan führt nach Kornburg

„Mit dem Lückenschluss in der Minervastraße schaffen wir eine zusätzliche Anbindung für die Stadtteile im Süden. Sollte die Bahn in den nächsten Jahren das ‚Mausloch‘ sanieren und sperren, hätten wir eine zweite Strecke als Ersatzroute Richtung Innenstadt“, unterstreicht Nürnbergs SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Brehm. „Unser

Ziel bleibt, die Straßenbahn eines Tages bis nach Kornburg zu verlängern. Dafür braucht es allerdings eine Änderung der Förderkriterien auf Bundesebene.“

Lichtenreuth: Von Anfang an eine gute Anbindung

Bei der Planung des neuen Stadtteils Lichtenreuth mit dem großen Universitätscampus wurde von Anfang an ein optimierter ÖPNV-Anschluss mitgedacht. „Wer hier zukünftig wohnen und arbeiten wird, hat nur noch wenige Gründe mit dem Auto zu kommen“, meint Brehm. „Wir drängen zudem drauf, dass die Linie 7 in der nächsten Ausbaustufe sogar bis zur neuen Bertolt-Brecht-Schule geführt wird. Außerdem brauchen wir eine zusätzliche U-Bahnstation zwischen Hasenbuck und Bauernfeind.“

Die Verkehrswende gelingt nur mit München und Berlin

Für die SPD ist klar, dass die Verkehrswende nur durch einen konsequenten Ausbau der Nahverkehrsinfrastruktur gelingen kann. „Im Verkehrsausschuss beschließen wir nun für beide Projekte wichtige Meilensteine. In Verbindung mit einfacheren und günstigeren Tarifen sowie Taktverdichtungen werden wir die Fahrgastzahlen in den nächsten Jahren deutlich steigern können“, ist Brehm zuversichtlich. „Bund und Land müssen den Kommunen aber bei diesen Zukunftsinvestitionen helfen. Umso mehr Zuschüsse fließen, umso schneller kommen wir voran.“

Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
spd@stadt.nuernberg.de



SPLITTER

AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

TEMPO 30 IN WORZELDORF UND WEIHERHAUS WÄHREND DES HAFENBRÜCKENBAUS UND DEN ERHÖHTEN VERKEHRSELASTUNGEN DURCH VERKEHRSUMLEITUNGEN

Die SPD Stadtratsfraktion macht sich in einem Antrag für eine Drosselung des Tempos auf 30km/h am Marthweg, die Schwanstetter Straße und die Spitzwegstraße stark. Während der Bauarbeiten wird der Ausweichverkehr über diese Wege geleitet, was erhebliche Gefahrenpotentiale mit sich bringt. „Eine zeitlich begrenzte Begrenzung der Geschwindigkeit kann die Unfallgefahr

senken, hier muss die Verwaltung tätig werden und vor allem Fußgänger*innen und Radfahrende schützen,“ erklärt Stadtrat Dieter Goldmann.

BAUINVESTITIONSBEDARFE BEI DEN STÄDTISCHEN MUSEEN

Unsere städtischen Museen erfreuen sich sowohl bei Einheimischen, als auch bei Tourist*innen großer Beliebtheit. Sie spiegeln in ihrer inhaltlichen und baulichen Vielfalt die Facetten der Nürnberger Stadtgeschichte wider und tragen damit zu einem lebendigen Bild Nürnbergs bei. Um diese Attraktivität weiter zu halten, müs-

sen in vielen Häusern Sanierungsarbeiten und Weiterentwicklungen durchgeführt werden. Die SPD-Fraktion hat deswegen bei der Stadtverwaltung beantragt, eine Bedarfsliste zu erstellen und mögliche Förderkulissen auszuloten.

BÜRGERTELEFONE: DIREKTER DRAHT ZUR SPD-FRAKTION

17. Oktober zwischen 18 und 19 Uhr mit Stadträtin Jasmin Bieswanger
14. November zwischen 18 und 19 Uhr mit Stadträtin Elke Härtel
Jeweils unter der Nummer 0911 231-2906